



Wende wohin?

Das kommende Jahr wird zeigen, ob die neue Bundesregierung zu echten Reformen im Gesundheitswesen fähig ist oder ob sie die überholte Kostendämpfungspolitik fortführt.

Der Regierungswechsel in Bonn bedeutet auch in der Gesundheitspolitik eine Zäsur. In der Ära von Horst Seehofer ist nach Auffassung der neuen Regierung ein Prozeß der Entsolidarisierung in der gesetzlichen Krankenversicherung eingeleitet worden. Die rot-grüne Koalition will demonstrieren, daß Sie ihr Wahlversprechen wahr macht und diese Entwicklung stoppt. Ihre ersten Schritte – von der Rückführung der Selbstbeteiligung bis zum Aussetzen des Krankenhausnotopfers – möchte sie als Kehrtwende weg von der Privatisierung hin zur solidarischen Absicherung von Gesundheitsrisiken verstanden wissen.

Meines Erachtens nicht ganz zu Unrecht behauptet die neue Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer von den Bündnisgrünen, daß die alte Regierung auch wegen ihrer Gesundheitspolitik abgewählt worden ist.

Ob wir Ärztinnen und Ärzte die Philosophie der neuen Richtung teilen, die viel Vertrauen in den staatlichen Sektor setzt, ist in der gesundheitspolitischen Diskussion von zweitrangiger Bedeutung. Wir sollten die neue Regierung vielmehr an ihren konkreten Taten messen und danach beurteilen, ob ihre Politik wirkt in Richtung

- hoher Qualität der medizinischen Versorgung und
- Rahmenbedingungen für die ärztliche Berufsausübung, unter denen wir unsere Arbeit mit Stolz und Zufriedenheit sowie bei angemessener Honorierung bzw. unter angemessenen Bedingungen verrichten können.

Als besonders wichtig hierbei sehe ich an, daß Ärztinnen und Ärzte, aber auch die Patienten, Verlässlichkeit brauchen, Berechenbarkeit und eine den Tag überdauernde Geschäftsgrundlage. Im Moment erscheint es vielen Kolleginnen und Kollegen aber noch so, als bleibe die Politik der entscheidende Unsicherheitsfaktor im Gesundheitswesen. Das „Solidaritätsstärkungsgesetz“ oder „Vorschaltgesetz“, das binnen weniger Wochen die parlamentarischen Hürden nehmen und am 1. Januar 1999 in Kraft treten soll, hat Ängste geweckt.

Ich meine, daß dieses Gesetz in der Tat mindestens in einem entscheidenden Punkt ein falsches Signal setzt: Mit der Festschreibung von Budgets für 1999 scheint die neue Regierung nahtlos an die kurzatmige Kostendämpfungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte anzuknüpfen. Wir müssen deshalb immer wieder darauf hinweisen: Jede Budgetie-

rung bedeutet mittel- und langfristig eine Budgetierung von Leistungen. Angesichts des rasanten medizinischen Fortschritts ist damit die Rationierung gesundheitlicher Leistungen vorprogrammiert.

Ich halte es keineswegs für unanständig, auch darauf aufmerksam zu machen, daß niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ein Recht auf angemessenes und kalkulierbares Honorar haben. Ihnen mutet die anhaltende Kostendämpfungspolitik ein sehr hohes Maß an Unsicherheit zu. Und im Krankenhaus ist die Personaldecke im ärztlichen Bereich so dünn, daß vielfach nicht einmal die Minimalstandards des Arbeitszeitgesetzes eingehalten werden.

Im Gesundheitswesen dürften Zehntausende von Arbeitsplätzen – und dies nicht nur im ärztlichen Bereich – gefährdet sein, wenn sich den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern der Eindruck einer restriktiven Politik vermittelt. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung versprochen, daß jede Maßnahme unter dem Arbeitsplatz-Aspekt geprüft wird. Ich meine, dies muß auch für das Gesundheitswesen mit seinen nahezu 4,2 Millionen Beschäftigten gelten.

Bei aller notwendigen Kritik dürfen wir keinesfalls die Chancen der zukünftigen Entwicklung aus den Augen verlieren. Ich begrüße es außerordentlich, daß die neue Ministerin Andrea Fischer Gesundheitspolitik im Dialog mit allen Beteiligten machen will. Ich habe großen Respekt davor, daß sie – allen Warnungen vor dem „Haifischbecken Gesundheitswesen“ zum Trotz – innerhalb eines Jahres eine Strukturreform unter Dach und Fach zu bringen beabsichtigt.

Da Rot-Grün über die Mehrheit in Bundestag und Bundesrat verfügt, sind die politischen Voraussetzungen für eine umfassende Reform gegeben. Die große Frage ist, wohin die Reise gehen soll. Nach den bisherigen Äußerungen der Ministerin steht die Richtung der Änderungen nicht von vornherein fest, auch die Einführung eines Globalbudgets ist nach ihren Worten keineswegs ein Dogma der neuen Koalition. Trifft dies tatsächlich zu, werden sich die Repräsentanten der Ärzteschaft sehr gerne in der von Andrea Fischer so genannten „Reformwerkstatt“ einfinden.

*Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Ärztekammer Nordrhein
Vizepräsident der Bundesärztekammer*